

# DIE GRÜNEN BLÄTTER

Dezember 1989

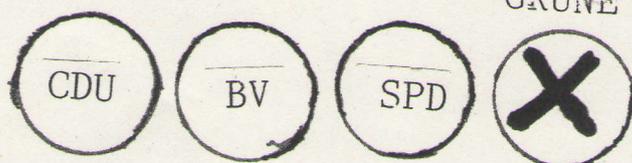
In eigener Sache:

## **Alvesloher GRÜNE wählten ihre KandidatInnen**

DIE GRÜNEN in Alveslohe hielten vor kurzem ihre Jahreshauptversammlung ab. Dabei wurde auch der Sprecherrat (= "Vorstand") neu gewählt. Er besteht jetzt aus Wilfried Milbradt, Carsten Probst und Dr. Gerhard Wichmann. Gleichzeitig wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl im März nächsten Jahres aufgestellt. Für die drei Wahlkreise in Alveslohe wurden gewählt:

Wilfried Milbradt, Renate Probst, Dr. Gerhard Wichmann (Wahlkreis I-Ost), Inge Detlefsen, Michael Cochu, Carsten Probst (Wahlkreis II-West), Erika Buttkereit, Ulf Haartje, Rita Nietzke (Wahlkreis III-Nord).

Zur Zeit sind wir GRÜNEN mit zwei Gemeinderatsmitgliedern im Alvesloher Ortsparlament vertreten. Wie bisher ist Dr. Gerhard Wichmann unser Spitzenkandidat. Den zweiten Listenplatz nimmt nun Ulf Haartje ein, gefolgt von Carsten Probst und Wilfried Milbradt. Erika Buttkereit, die bisher für uns im Gemeinderat saß, kandidiert wegen Arbeitsüberlastung nicht erneut vorne auf der Liste.



Wir meinen, daß das politische Geschehen in Alveslohe schon kräftig an Lebendigkeit und konstruktiver Kraft gewonnen hat, seit es uns GRÜNE in der Gemeindevertretung gibt. Über unsere vielfältigen Initiativen und Anträge werden wir demnächst in den GRÜNEN BLÄTTERN zusammenfassend berichten und versuchen, eine Bilanz aus vier Jahren Gemeinderats- und Ausschußarbeit zu ziehen.

Mit fast 12% haben DIE GRÜNEN bei der letzten Kommunalwahl in Alveslohe vergleichsweise recht gut abgeschnitten; dennoch fiel uns der zweite Sitz im Gemeinderat -und damit der Fraktionsstatus und das Recht, in den Ausschüssen vertreten zu sein- nur ganz knapp zu. Wir hoffen aber, viele WählerInnen durch unsere Arbeit hier in unserem Dorf überzeugt zu haben. Deshalb rechnen wir erneut mit einem guten Abschneiden bei der Wahl, so daß DIE GRÜNEN auch nach der bevorstehenden Kommunalwahl mindestens zwei Gemeindevertreter stellen können.



### Eine unrühmliche Gemeinderatssitzung

Die Politik der GRÜNEN -auch in Alveslohe- wird größtmögliche Öffentlichkeit. Darum geben wir zum Beispiel besonders wichtige Anträge schon vor der Gemeinderatssitzung an die Presse. Wir möchten, daß man in jedem Haus weiß, was wir in der Gemeinde wollen und was wir tun.

Ideal wäre es, wenn zu den öffentlichen Gemeinderatssitzungen möglichst viele Bürger erschienen, um sich von der Tätigkeit -oder auch Untätigkeit- ihrer gewählten Vertreter ein Bild zu machen. Aber leider ist fast immer nur ein Dutzend Leute anwesend, fast immer dieselben. Dies empfinden wir als demokratischen Mangel; und hier etwas mehr Durchsichtigkeit herzustellen, sind wir ja auch mit unseren "GRÜNEN BLÄTTERN" bemüht.

Die November-Sitzung des Gemeinderates verdient besondere Beachtung, weil sie ein besonders unrühmliches Ereignis war: es geht noch einmal um das Thema 'Landkarte'. Die Karte "Deutschland und deutsche Siedlungsgebiete" mit den Grenzen von 1914 wurde von Bürgermeister Koltzau eigenmächtig aufgehängt, als wäre der Saal des Dorfgemeinschaftshauses seine gute Stube. Haus und Saal gehören aber dem ganzen Dorf! Demokratisch wäre es gewesen, wenn er vorher die gewählten und befugten Vertreter des Dorfes um ihr Einverständnis gefragt hätte. Aber das scheint ihm nicht zu liegen.

Diese großdeutsche Karte hängt als einzige im Raum. Sie zeigt, tief gebräunt, alle Gebiete, in denen früher einmal Deutsche gewohnt haben. Was richtet diese Karte anderes aus, als gefährliche Hoffnungen zu nähren? Quer über dem Osten steht "Zur Zeit unter fremder Verwaltung"! Die bestehenden, heute geltenden Grenzen sind nur schwer erkennbar eingezeichnet. Und die Karte enthält keinerlei Hinweis darauf, daß Deutschland selber all diese schmerzlichen Gebietsverluste -und nicht nur das! -verursacht hat. Dann könnte man die Karte vielleicht eher hinnehmen.

In der Gemeinderatssitzung haben DIE GRÜNEN ihren Antrag auf Entfernung der Karte ruhig und sachlich begründet. Wir bedauern es außerordentlich, daß die übrigen Vertreter und der Bürgermeister, wie so oft, zu einer ebenso sachlichen Argumentation nicht fähig waren. Vom Bürgermeister nicht gerügt, durfte Herr Gajowski (Bürgerverein) der Vertreterin der GRÜNEN, Erika Buttke, die Unverschämtheit an den Kopf werfen: "Ich bin dort im Osten geboren. Sie sind vielleicht hinter dem Knick geboren!" Herr Kettler, ebenfalls vom Bürgerverein, unterstellte den GRÜNEN die Absicht, demnächst auch die Entfernung der Bürgermeister-Fotos an der Wand des DGH zu fordern. Frau Strauß (CDU) wählte hinter dem Antrag der GRÜNEN "Gesinnungsschnüffelei" und "niedrige Gesinnung". Und

Bürgermeister Koltzau brachte es fertig, die Forderung nach Entfernung der Karte mit der Bücherverbrennung durch die Nazis 1933 zu vergleichen!

Anscheinend bereits vorher so inszeniert, wurde die offizielle Sitzung unterbrochen, um einige eigens zu diesem Zweck erstmalig erschienene Bürger zu Wort kommen zu lassen:

Studiendirektor Streich las einen langen gedruckten Text ab, mit dem er die Grenzen im Osten in Frage stellte. Sein Sohn Tillmann erhielt von Bürgermeister Koltzau gleich zweimal das Wort, um als zweiter Kreisvorsitzender der "Republikaner" die Ostpolitik der Schönhuber-Partei vorzutragen. Keine Stimme erhob dagegen Einspruch. In Alveslohe gelten sie anscheinend nicht: die vor aller Welt abgegebenen feierlichen Erklärungen von Bundespräsident von Weizsäcker, von Kanzler Kohl und Außenminister Genscher, wonach die polnische Westgrenze als unantastbar angesehen wird.

Die Ausführungen des Republikaners Streich quittierte man mit der anschließenden Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN. Das Ergebnis: CDU und Bürgerverein verteidigten die revisionistische Landkarte. Besonders beklagenswert aber war das Verhalten der SPD-Fraktion, von der ein Vertreter freilich nicht anwesend war. Herr Pingel stimmte wie gewohnt mit CDU und BV. Herr Gebauer wollte nicht verraten, was er dachte; er enthielt sich der Stimme. Ist das die Partei von Willy Brandt? Man fragt sich, wieso diese SPD-Vertreter nicht längst Fraktion und Partei gewechselt haben.

Manche Gemeindevertreter scheinen es mit Hans Scheiner zu halten: "Das macht doch nix, das merkt doch keiner." Was wohl die Alvesloher Bürger und Wähler denken, die es doch merken ?





## MEHRHEIT FÜR SCHLESWAG-MONOPOL-VERTRAG

In der letzten Gemeindevertretersitzung sollte über den Konzessions-Vertrag der SCHLESWAG abgestimmt werden. Dieser Vertrag regelt die Strom-Abnahme von der SCHLESWAG durch die Gemeinde Alveslohe.

Der Vertrag sollte über 20 Jahre abgeschlossen werden. Er sieht vor, daß der Gemeinde für den eigenen Verbrauch ein Rabatt von 10% eingeräumt wird. Falls die Gemeinde mal Energie produzieren sollte, darf diese Energie nur für gemeindeeigene Gebäude verwendet werden.

Obwohl die einzelnen Kernpunkte des Vertrages weder in einem Ausschuß noch in dem Gemeinderat diskutiert worden waren, sollte über diesen Vertrag entschieden werden. Die CDU/SPD/BV-Mehrheit im Gemeinderat war nicht bereit, sich über alternative Vorschläge zu diesem Konzessionsvertrag Gedanken zu machen, und lehnte den Antrag DER GRÜNEN ab, den Konzessions-Vertrag in den Umweltausschuß zu verweisen, um ihn dort mit alternativen Vorschlägen, wie sie z.B. vom Öko-Institut Freiburg oder von den bayrischen GRÜNEN ausgearbeitet worden sind, zu vergleichen. Ebenfalls forderten DIE GRÜNEN, daß ein örtliches Energiekonzept erstellt werden müsse.

Auch die Kritik DER GRÜNEN an der langen Laufdauer des Vertrages von 20 Jahren konnte die SPD/BV/CDU-Mehrheit nicht nachvollziehen. Es werden in den nächsten 20 Jahren im Energiebereich mit Sicherheit grundlegende Neuentwicklungen eingeführt werden. Durch einen solchen 20-Jahresvertrag wird eine Chance vergeben, auf die auf uns zukommenden Probleme und Möglichkeiten zu reagieren.

Herr Schulz von der SCHLESWAG gab in einem Gespräch mit der Redaktion der GRÜNEN BLÄTTER zu, daß - falls dann einmal in der Gemeinde Alveslohe Strom produziert werden sollte - dieser nur für die gemeindeeigenen Räume genutzt werden dürfe. Es handele sich eben um einen MONOPOL-VERTRAG, und dieser würde ansonsten seinen Sinn verlieren.

Auch Vertreter der Landesregierung waren der Meinung, daß keine unnötige Eile beim Abschluß des Vertrages bestehe, sondern daß Alternativen zu dem angebotenen Konzessionsvertrag noch zu prüfen seien. Dies wird ausdrücklich in einer Verordnung der Landesregierung von den Kommunen gefordert.

"Durch Verhandlungen über die Verträge sind noch Verbesserungen herauszuholen", sagte der Eutiner Energieexperte Ralf Rattlof in einem Gespräch mit der Redaktion. "Man muß bedenken, daß die Gemeinde der Auftraggeber der Schleswig ist und die Interessen der Bürger zu vertreten hat! Der neue Vertrag stellt keine Verbesserung gegenüber dem alten Vertrag dar. Es gibt Beispiele dafür, daß die ökonomischen Rahmenbedingungen im Vertrag (z.B. Einspeise- und Entnahmebedingungen) so verhandelt wurden, daß man sogar noch Gewinn aus einer kommunalen Wärme-Kraft-Kopplung erwirtschaften konnte. In Dänemark sind Gemeinden mit 2000 bis 3000 Einwohnern nicht selten, die sich ein eigenes Fernwärmenetz oder eine kommunale Wärme-Kraft-Kopplung aufgebaut haben. Und man darf natürlich nicht vergessen, nur durch globales Denken und kommunales Handeln kann die drohende Klimakatasrophe (Treibhauseffekt!) bekämpft werden!"

Von der 10 %igen Ermäßigung für den gemeindeeigenen Stromverbrauch geködert, vergaß die BV/CDU/SPD-Mehrheit der Gemeindevertreter, daß sie sich ja auch noch um das Wohl der übrigen Bürger zu kümmern haben. Nur die beiden GRÜNEN Gemeindevertreter setzten sich für die weitere Prüfung der Verträge ein und stimmten gegen die Unterzeichnung des Konzessions-Vertrages. Die SPD-Gemeinderäte stimmten geschlossen für den Monopol-Vertrag und fielen damit Energieminister Jansen (SPD) in den Rücken. Da nützen die besten Ideen nichts, wenn die Partei nicht mitspielt. Dank der SPD/CDU/BV-Mehrheit wird auf dem Energiesektor der Dornröschenschlaf fortgesetzt. Ruhe Sanft!

Nur auf den Prinz können wir lange warten -  
 die Monopolunternehmen in der Energieversorgung  
 werden ihn uns bestimmt nicht schicken! Dezentrale  
 Energieversorgung (kleine Blockheizkraftwerke,  
 Anlage zur Nutzung regenerativer Energiequellen)  
 - das alles kann nur Wirklichkeit werden, wenn  
 Bürger, Gemeinden und Städte es vorantreiben.



Lehr-Gut aus der Alvesloher Geschichte

Am 10. Februar 1936 brachte die Kaltenkirchener Zeitung folgende Schlagzeile: "Brandbomben auf Strohdachkate. Interessante Feuerwehr- und Luftschützübung mit wirklichem Brandobjekt."

Mit letzterem war die nicht mehr bewohnte Kate des Bauern Ahrens gemeint, etwa dort, wo die Hägentwiete und die Eisenbahn kreuzen. Das ganze Dorf hatte sich dort eingefunden. Ein schauriges Feindbild wurde den Leuten vorgemacht: Feindliche Bomberstaffeln im Anflug auf Neumünster und Kiel. 13 Uhr Fliegeralarm in Alveslohe. In allen Häusern wurden, wie lange geübt, Feuerpatschen und Wassereimer bereitgestellt. 14 Uhr. Die EBOE-Strecke Alveslohe wird mit Spreng- und Brandbomben belegt. Die Hausfeuerwehren fallen aus durch Verwundung oder Verschüttung. Die Alvesloher Wehr marschiert.

Lehrer Wulff vom Reichsluftschutzbund erklärt den Leuten das Manöver. Eine echte Stabbrandbombe wird in das Strohdach der Kate gesteckt und gezündet. Beherzte Männer angeln sie mit Nothaken heraus und löschen sie -mit Sand, beileibe nicht mit Wasser. Eine zweite Bombe krönt dann das Werk: Die Kate brennt vollständig nieder. Man berauscht sich an der Feuersbrunst. Gelöscht wird bei Lepthien auf dem Saal. Alle waren begeistert über das gelungene Kriegsspiel, auch Kreisfeuerwehrführer Hellberg.

Wie zahllose andere Dinge unter dem Hakenkreuz so war auch dieser Katenbrand 1936 in Alveslohe eine Einübung auf den Krieg, ein Sichvertrautmachen mit dem, was 1939 von Deutschland inszeniert wurde. Es war gleichsam eine Vorankündigung des Feuersturms in Hamburg 1943.

## IST DAS SCHON VERGESSEN ?

1939 auf dem Kreisfeuerwehrtag in Wiemersdorf hatten dann auch die Alvesloher Feuerwehrleute "auf Lebenszeit" ihren Eid auf den "Führer" geleistet, womit -wie es hieß- "der Weg frei ist für eine herrliche und bessere Zukunft im Feuerlöschwesen".

Wir lernen daraus: Auch die ganz schlimmen Dinge beginnen ganz klein und vielfach ganz unauffällig. Umso mehr muß man auf sie achten, nach dem alten Spruch: Wehret den Anfängen!

Zu solchen Anfängen gehört auch das Bemühen der Bundesregierung um eine Verschärfung des Katastrophen- und Zivilschutzgesetzes. Da die seit 1968 geltenden Gesetze vollkommen genügen, wird man in Bonn wohl etwas ganz anderes im Schilde führen als unseren Schutz: eine weitere Militarisierung der Bevölkerung, ein fortwährendes Krieg-"Spielen", ein Spielen mit einem Krieg, in dem es für niemanden und nichts Schutz gäbe.

Und wieder will man auch die Feuerwehr in eine Politik einbinden, die ihrem friedlichen Zweck zuwiderläuft. Darum können wir auch die Sorglosigkeit des Kreiswehrführers Willi Kröger nicht teilen, wenn er in dem Jubiläumsheft der Alvesloher Feuerwehr (Seite 7) keinerlei Zusammenhang zwischen Katastrophenschutz und Krieg feststellen kann.

In ganz Europa steht Entmilitarisierung auf der Tagesordnung. Darauf muß auch unser Bemühen gerichtet sein. Aber was können wir Alvesloher Bürger tun? Nun, wenigstens dies: uns schon jetzt vornehmen, diese Bundesregierung bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit abzuwählen. Eswäre ein Dienst an Frieden und Entspannung.



### Atommüll in Schleswig-Holstein ?

Die Bundesregierung verteidigt die Atomkraftwerke, obwohl sie nicht weiß, wo sie den tödlichen Müll lagern kann, so daß er keine Gefahr für die Bevölkerung bilden kann. Der Müll wächst unterdessen unaufhörlich an. Die Situation wird immer bedrückender - für die Verursacher, wie auch für uns.

Nun sieht die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine ganz neue Möglichkeit. (Frankf. Rundschau vom 24.11.1989). Ihr Energieexperte Erich Maaß wies mit ausgestrecktem Zeigefinger auf das Land Schleswig-Holstein mit seinen Salzlagerstätten, etwa bei Bad Segeberg. Dieses SPD-regierte Bundesland müsse endlich Bereitschaft zeigen, einen Beitrag zur Beseitigung des hochradioaktiven Atommülls zu leisten.

WIR WERDEN UNS WEHREN !

Moin, Lüüd !

Sech mol, Nabor, kümmt Du denn noch klor mit de Weltgeschichte ? Güstern har allns noch sien leebe Ordnung, un hüüt is allns verquer! De armen Bröder un Süstern ut de 'Ostzone' sünd so wellkommen op eenmol nich mehr, nu, wo se herkommen könnt; uns Lüüd mögt Gorbatschow mehr as unsen eegen Kanzler; und de NATO kummt langsam aber seeker eer schönst Feindbild afhanden. Weest jo gonnich mehr, wat Du noch glöben schasst!

Dor deit goot, wenn eener endlich mol'n kloor Welt secht. Unsen Kanzler meen ick, un sien Kanzlerwohiverein, de CDU! Nee, secht se, schlucken wöllt wi de DDR nich, bloß een nette Konföderation mookt wi ut Düütschland-West un Düütschland-Ost; wenn dat achteran een Föderation wart (ohne "Kon", also doch schlucken), könnt se nix dorto, höbbt obers ook nix dorgegen. Nööö, vorschrieben wöllt se de DDR gonnix, Hauptsook, de ward goode Kapitalisten und loot sick ohne Gegenwehr wiedervereinen. Un wo wi jüüs mol so fein biet Grenzenverrückten sünd: also, de polnische Westgrenz, de will de CDU denn leeber doch nich garantiern. Villicht will Polen jo ook in uns feine neete Föderation mitmischen? Könnst wi jo sonst 'n beeten nohölpen.

Jedenfalls: nu geiht mi jo op, wat för'n Weisheit un Wietblick uns' örtliche CDU in Alvschloh (samt den Börgervereen un de SPD) eer Eegen nennen kann, und dat all vör'n ganze Tied: de höbbt jo all in' Oktober dorför sorgt, dat wi in't Dörphuus all de nee (oole) Düütschland-Kort to hangen höbbt: "von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" is allns düütsch, hört allns uns! Un so'n polnischen Korridor weer bloß in' Wegen!

Marks Müüs ?

Tschüs! Juun Max Müüs.



Impressum:

DIE GRÜNEN BLÄTTER, Zeitung der  
GRÜNEN in Alveslohe - V.i.S.d.P.:  
G. Wichmann, Buchenstr. 1, Alveslohe  
Tel. 2743